



SEITE 2
Steuersenkungen: Eine Vitaminspritze für die FDP

SEITE 3
Rechte Terrorakte sind ein Angriff auf die Demokratie



SEITE 4
Im Interview: Franz Müntefering und Sabine Bätzing-Lichtenthäler

SEITE 6
Infrastruktur: Die SPD fragt die Bürger



SEITE 7
Schwarz-Gelb verabschiedet sich von Pflegereform

SEITE 8
Doppelte Staatsbürgerschaft: Optionszwang abschaffen!

GUTE ARBEIT

Ausgabe 6/2011

Der Mindestlohn ist überfällig!

Irgendwelche Untergrenzen helfen nicht. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn

Kurzzeitig sah es wie die Wende der Union hin zu einem allgemeinen Mindestlohn aus: Vor ihrem Parteitag diskutierten die Christdemokraten plötzlich über eine „Lohnuntergrenze“. Im Ergebnis entpuppt sich diese jedoch nur als Placebo-Mindestlohn.

Selbst die Kanzlerin schien nach jahrelangem Kampf gegen einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn plötzlich zu einer Befürworterin geworden zu sein. Nach dem CDU-Parteitag ist allerdings klar: Es ging der Kanzlerin offenbar nur um die öffentliche Wirkung. Mit dem von ihr durchgesetzten Kompromiss haben sich „die Mindestlohngegner in der Partei ganz klar durchgesetzt“, sagt die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Anette Kramme. Für sie ist klar: „Die CDU hat eine Chance verpasst, endlich die Lanze zu brechen für mehr Lohngerechtigkeit in Deutschland.“ Der Kompromiss des Parteitages sei eine maximale Enttäuschung für alle, die sich einen Kurswechsel der Union in der Mindestlohnfrage erhofft haben. Nach dem CDU-Beschluss soll sich eine Kommission aus den Tarifpartnern, also aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, auf eine verbindliche Lohnuntergrenze einigen. Diese soll allerdings nur in denjenigen Branchen gelten, in denen es bisher keine Tarifverträge gibt. Außerdem sollen branchen- und regionalspezifische Unterschiede möglich sein.

Ein großer Fortschritt ist das nicht. Schon heute könnten über das Mindestarbeitsbedingungengesetz Mindestlöhne für schutzlose Branchen festgelegt werden, erklärt Anette Kramme. „Die CDU verkauft als Fort-



Gewerkschaften und SPD fordern gemeinsam einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Im Kanzleramt ist das leider noch nicht angekommen.

schritt, was längst geltendes Recht ist.“ Auch verdi-Chef Frank Bsirske zeigte sich wenig begeistert von der Regelung: „Wir haben schon jetzt elf oder zwölf verschiedene Branchen-Mindestlöhne. Da kommen jetzt noch mal viele, viele drauf. Wer soll da noch den Überblick behalten?“

Der ostdeutschen Friseurin, die trotz Tarifvertrag nur wenig mehr als 3 Euro pro Stunde verdient, nutzt diese Regelung sowieso nichts. Die CDU habe entschieden, dass sie Stundenlöhne von vier oder fünf Euro für akzeptabel hält, sagt Anette Kramme.

SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil sieht in dem CDU-Beschluss ein rein taktisches Manöver. Der Leipziger Beschluss sei ein Placebo, der den Arbeitnehmern im Niedriglohnbereich nicht hilft. Eine allgemein verbindliche Lohnunter-

grenze müsse in allen Branchen und für alle Arbeitgeber und Beschäftigte gelten, sonst sei sie nicht allgemein und nicht verbindlich, betont Heil. Er macht deutlich, wofür die Sozialdemokraten beim Thema Mindestlohn stehen: „Wir wollen einen Vorrang für tarifvertragliche Mindestlöhne.“ In einigen Branchen gebe es aber Tarifverträge, „die ihren Namen nicht ver-

dienen“. Deshalb fordert die SPD-Fraktion gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, branchenbezogene Regelungen durch einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro zu flankieren. Mit einem solchen Mindestlohn sei bei dieser Koalition jedoch nicht zu rechnen, sagt Heil. „Dazu wird ein Regierungswechsel notwendig sein.“ ■

Gesetzliche Mindestlöhne in Europa

- Luxemburg: 10,16 Euro
- Frankreich: 9 Euro
- Niederlande: 8,74 Euro
- Belgien: 8,58 Euro
- Irland: 7,65 Euro
- Großbritannien: 6,91 Euro
- Slowenien: 4,32 Euro
- Griechenland: 4,28 Euro
- Spanien: 3,89 Euro
- Malta: 3,84 Euro
- Portugal: 2,92 Euro
- Polen: 1,85 Euro
- Tschechien: 1,82 Euro
- Slowakei: 1,82 Euro



Total Banane!

Neues aus der schwarz-gelben Welt

Eigentlich hat der Bundesrechnungshof der Bundesregierung ganz klar die rote Karte gezeigt. „Mehreinnahmen und Einsparpotenziale gilt es in erster Linie für den Abbau der Verschuldung zu nutzen“, sagte BRH-Präsident Dieter Engels. Trotzdem plant Schwarz-Gelb Steuersenkungen auf Pump.

Wir meinen: Finanzminister Schäuble macht sich in Europa als Vertreter einer soliden Finanzpolitik unglaublich. „Wer von anderen sparen erwartet, aber selbst im Jahr 2012 mehr Schulden plant und macht, ist unsolid und unglaubwürdig,“ sagt SPD-Finanzexperte Carsten Schneider.

Die CDU meidet das Wort Mindestlohn wie der Teufel das Weihwasser, spricht dagegen von Lohnuntergrenze. Der Vorsitzende der Christlichen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Sachsen, Alexander Krauß, hat jetzt die Gründe dafür erklärt: „Mindestlohn und Lohnuntergrenze sind das Gleiche. Wir sagen nur Lohnuntergrenze, weil beim Wort Mindestlohn viele in der Union Pickel kriegen.“

Wir meinen: Wortklauberei hilft nicht weiter. Deutschland braucht einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von einheitlich 8,50 Euro pro Stunde. Davon ist die Union noch meilenweit entfernt.

Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel hat es sich eigenen Aussagen zufolge zum Ziel gesetzt, in seinem Ministerium „alle Spuren“ seiner Vorgängerin im Amt, Heidemarie Wiecek-Zeul „zu beseitigen“.

„Niebels Feldzug gegen angebliche ‚Linkstendenzen‘ in seinem Haus nimmt allmählich psychogene Ausmaße an“, sagt dazu SPD-Fraktionsvize Gernot Erler. Er ist sich aber sicher, dass es dem Minister nicht gelingen wird, zu zerstören, was seine Vorgängerin in elf Jahren aufgebaut hat.

Steuersenkungen: Eine teure Vitaminspritze für die FDP

Die sogenannten Steuersenkungen von Schwarz-Gelb sind vor allem eines: Ein Risiko für die öffentlichen Haushalte.

Jetzt hat die Koalition aus ihrer Sicht doch noch „geliefert“. Mit den zwischen Union und FDP vereinbarten Steuersenkungen wolle sie vor allem die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen entlasten, sagt die Kanzlerin.

„Eine sechs Milliarden Euro teure Vitaminspritze für die FDP“, nennt es der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier. In zwei Schritten will Schwarz-Gelb die Einkommenssteuer senken: zuerst zum 1. Januar 2013 um 2 Milliarden Euro. Zum 1. Januar 2014 sollen weitere 4 Milliarden Euro folgen. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Das, was Union und FDP den Bürgerinnen und Bürgern als Steuersenkungen verkaufen wollen, hat diesen Namen nicht verdient. Kaum jemand werde von den Beschlüssen profitieren und spüren, dass er mehr Geld in der Tasche habe, erklärt Frank-Walter Steinmeier. Auch der Bund der Steuerzahler geht in ersten Berechnungen davon aus, dass ein Geringverdiener mit einem zu versteuernden Einkommen von 9.000 Euro im Jahr insgesamt 17 Euro, also 1,41 Euro monatlich spart. Bei einem Durchschnittseinkommen von 30.000 Euro sind es 4,40 Euro, bei einem Einkommen von 54.000 bleiben 9,66 Euro mehr im Monat. Schwarz-Gelb verteilt das Geld mit der Gieskanne, wobei die größeren Tropfen auf die



Von den ursprünglichen Versprechen der FDP ist nicht mehr viel übrig geblieben.

Spitzenverdiener fallen. Für Frank-Walter Steinmeier ist klar: „In der Koalition haben sich die Prioritäten verschoben: weg vom Schuldenabbau hin zu einer Beruhigung des Koalitionspartners FDP.“

Hinzu kommt, dass ein Teil der verkündeten „Entlastungen“ verfassungsrechtlich geboten ist. Denn die Anpassung des Grundfreibetrages an das steuerlich zu verschonende Existenzminimum wäre spätestens im Jahr 2014 ohnehin erforderlich. Die schwarz-gelbe Koalition hat hier also eine Selbstverständlichkeit zum Erfolg aufgeblasen.

„Die Einigung in der Steuerfrage als ei-

nen Sieg der Steuergerechtigkeit zu verkaufen, ist eine groteske Überhöhung“, sagt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Joachim Poss. Bundesfinanzminister Schäuble habe zugelassen, dass die Koalition den Kurs der Haushaltskonsolidierung verlässt. Für die SPD-Bundestagsfraktion sind die Steuersenkungen von Schwarz-Gelb daher keine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, sondern ein ernstzunehmendes Risiko für die öffentlichen Haushalte. Deshalb werden auch die SPD-geführten Länder den Steuersenkungen im Bundesrat nicht zustimmen. ■

„Betreuungsgeld ist politischer Unsinn“

Die FDP hält es für fragwürdig, die Frauen in der CDU hätten sich „eine andere Lösung gewünscht“, und für die Opposition ist es Irrsinn.

Trotzdem soll die CSU jetzt ihr Betreuungsgeld bekommen. Die schwarz-gelbe Koalition gleicht dabei immer mehr einem Basar: Wenn die FDP ihre sogenannten Steuersenkungen mit nach Hause bringt, darf auch die CSU nicht leer ausgehen. Mit dem Betreuungsgeld sollen Eltern, die ihre Kinder nach den ersten zwölf Monaten nicht in einer Krippe betreuen lassen, von 2013 an monatlich 100 Euro erhalten. Von 2014 an sollen es 150 Euro pro Monat sein. Insgesamt werden dem Bundeshaushalt so jährlich Kosten in Höhe von 2 Milliarden Euro entstehen. „Verunft und ein verantwortungsvoller

Umgang mit Steuergeldern bleiben so vollends auf der Strecke“, sagt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Dagmar Ziegler. Denn der Staat gebe mit der einen Hand Geld, um für ein ausreichendes Kitaangebot zu sorgen und den ab 2013 geltenden Rechtsanspruch zu erfüllen. „Mit der anderen Hand reicht er künftig Geld, um Eltern davon abzuhalten, eben dieses Angebot in Anspruch zu nehmen.“ Für Dagmar Ziegler ist das Betreuungsgeld politischer Unsinn. Bildungspolitisch sei es ein Rückschlag, weil es Kinder von früher Förderung abhalte. Integrationspolitisch sei es ein großer Fehler, weil es Kinder aus Einwandererfamilien von früher Sprachförderung fernhalte. „Das Betreuungsgeld verschwendet Milliarden von Steuergeldern, die

für den vor sich hin dümpelnden Kita-ausbau fehlen.“ Als höchst absurd bezeichnet die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Caren Marks, die Logik, die hinter der Fernhalteprämie Betreuungsgeld steht: Es werde Geld für die Nichtinanspruchnahme staatlicher Leistungen gezahlt. So könnte auch Geld erstattet werden, wenn jemand die Bibliotheken oder das Schwimmbad nicht nutze oder nur zehn anstatt 13 Jahre zur Schule gehe. In einer von der SPD einberufenen Aktuellen Stunde im Bundestag gab Caren Marks der Regierung daher den sinnvollen Rat: „Lassen Sie es doch einfach.“ ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spd-fraktion.de



Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine Daueraufgabe für alle demokratischen Kräfte.

„Die Terrorakte sind ein Angriff auf unsere Demokratie“

Nach den grausamen Morden der Neonazi-Bande verlangt die SPD-Bundestagsfraktion eine lückenlose Aufklärung.

Es ist ein unglaublicher Vorgang: Mitten in Deutschland konnte eine Gruppe rechtsextremer Mörder mindestens zehn Menschen töten. Dabei waren sie gut organisiert und hatten Helferinnen und Helfer.

Zur traurigen Wahrheit gehört, dass der Staat nicht in der Lage war, die Opfer zu schützen. Dabei konnte die Neonazi-Gruppe ihre Verbrechen sogar begehen, obwohl sie dem Verfassungsschutz bekannt war. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb eine rückhaltlose und öffentliche Aufarbeitung der Mordserie. Was ist geschehen? Wer war beteiligt? Was ist beim Verfassungsschutz und der Polizei schief gelaufen? Diese Aufklärung muss einhergehen mit einem starken Zeichen der Solidarität und des Mitgefühls für die betroffenen Familien. Es seien Menschen zu Opfern geworden, die zu uns gehörten, sagt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. „Ihren Familien und Angehörigen müssen wir versichern: Sie sind nicht allein!“

Die Morde seien ein Angriff auf unsere Demokratie, sagt Steinmeier. Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion muss der Kampf gegen den Rechtsextremismus jetzt auf allen Ebenen geführt werden, angefangen bei den Sicherheitsbehörden. Die Vertrauenskrise muss Konsequenzen für die Arbeit von Nachrichtendiensten und Verfassungsschutz haben. SPD-Fraktionsgeschäftsführer

Thomas Oppermann spricht von einer „systematischen Unterschätzung des Rechtsextremismus“ in Deutschland. Für Oppermann, der auch Vorsitzender des Bundestagsremiums zur Kontrolle der Geheimdienste ist, steht fest: Die Sicherheitsarchitektur von Bund und Ländern muss jetzt vorurteilsfrei auf den Prüfstand. „Wir müssen alles tun, um eine Wiederholung dieser Verketzung von Unkenntnis, Untätigkeit und Fehleinschätzung für die Zukunft auszuschließen.“ Die Beschlüsse der Innen- und Justizminister, Rechtsextremisten in einer zentralen Datei zu erfassen und ein „Abwehrzentrum Rechts“ unter Beteiligung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundeskriminalamts einzurichten, seien Schritte in die richtige Richtung. Sie könnten helfen, gemeinsam drohende Gefahren früher zu erkennen, sagt Oppermann.

Zudem tritt die SPD-Bundestagsfraktion für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren ein. Denn die NPD hat sich dem aggressivem Kampf gegen die Demokratie verschrieben. Trotzdem erhält sie als Partei Gelder aus öffentlichen Kassen. 2003 wurde ein von Rot-Grün eingeleitetes Verbotsverfahren vom Bundesverfassungsgericht gestoppt, weil die Rolle der so genannten V-Leute nicht klar strukturiert war. Die Union war damals noch gegen ein Verbot, jetzt schwenkt sie auf die Linie der Sozi-

aldemokraten ein. Damit ein NPD-Verbot aber nicht erneut scheitert, fordert Thomas Oppermann die Entwicklung eines „Masterplans“ für ein neues Verbotsverfahren. Teil dieses Plans müsse auch ein Zeitplan für den Abzug der verbliebenen V-Leute aus der NPD sein. Mit ihrem staatlichen Spitzellohn finanzierten die V-Leute rechtsradikale Aktivitäten. Gleichzeitig verhindere der Einsatz der V-Leute ein Verbot der NPD. Beides sei unerträglich und nicht weiter hinnehmbar.

Daneben steht für die SPD-Fraktion fest: Der Kampf gegen rechtsextreme Gewalt ist eine Daueraufgabe aller demokratischen Kräfte. Wie in kaum einem anderen Bereich geht es dabei vor allem um Prävention, für die der Staat alleine nicht sorgen kann. Es bedarf einer starken Bürgergesellschaft, die sich gegen die Feinde der Demokratie zusammenschließt. Deshalb müssen die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus unterstützt werden. Schwarz-Gelb plant hingegen weiterhin, die Mittel für politische und gesellschaftliche Arbeit im Bundeshaushalt um fünf Millionen Euro zu kürzen. Für die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Christine Lambrecht ist dies ein Skandal. „Wir brauchen präventive Arbeit, die dem gesellschaftlichen Umfeld des Rechtsextremismus den Boden entzieht.“ ■

Editorial



von Frank-Walter Steinmeier,
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Deutschland wird erschüttert von einer unfassbaren rechtsextremistischen Mordserie. Dieser Angriff auf unsere Gesellschaft, diese skrupellosen Verbrechen einer rechtsterroristischen Gruppe, markieren einen Einschnitt. Wir müssen uns eingestehen, dass es organisierten rechten Terror in Deutschland gibt.

Über viele Jahre konnten Deutsche grausam morden, obwohl sie dem Verfassungsschutz bekannt waren. Der Staat konnte die Opfer nicht schützen. Das bestürzt mich. Die Aufklärung der Morde, der rechten Netzwerke und des Versagens der Verfassungsschutzämter ist jetzt die erste Pflicht. Vor allem die Angehörigen der Opfer haben ein Recht auf Antworten.

Die Aufhellung der Straftaten wird Folgen haben müssen. Wir müssen die Rolle der NPD neu bewerten, die als Schutzraum und als legale Infrastruktur dient, um verfassungsfeindliche Taten ideologisch vorzubereiten. Die NPD hat sich dem aggressiven Kampf gegen unsere Demokratie verschrieben. Ein neues NPD-Verbotsverfahren darf nicht scheitern. Bei allen Diskussionen über Strafverfolgung und Verbote dürfen wir eines nicht vergessen: nur eine starke Bürgergesellschaft kann sich gegen rechtsextreme Gewalt zur Wehr setzen. Deshalb ist die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich Tag für Tag gegen Ausländerfeindlichkeit engagieren, absolut notwendig. Der Bundestag hat bei allen Unterschieden zwischen den Fraktionen ein starkes gemeinsames Signal gesandt, indem sich alle Fraktionen erstmals auf eine gemeinsame Erklärung verständigt haben. Wir sagen den Feinden der Demokratie ganz klar: Wir werden uns wehren. Deutschland bleibt ein weltoffenes Land. ■



Sehen einen akuten Handlungsbedarf beim demografischen Wandel: Franz Müntefering und Sabine Bätzing-Lichtenthäler

»Wer den demografischen Wandel gestalten will, muss das rechtzeitig machen«

Franz Müntefering (71) und Sabine Bätzing-Lichtenthäler (36) leiten gemeinsam die Projektgruppe „Miteinander der Generationen“. Im Interview erklären sie, warum die Politik jetzt auf den demografischen Wandel reagieren muss.

Eure Projektgruppe hat den Titel „Miteinander der Generationen. Demografischen Wandel gestalten“. Gerade der demografische Wandel scheint ja etwas zu sein, das unaufhaltsam über die Gesellschaft hereinbricht. Können wir überhaupt etwas dagegen tun?

Bätzing-Lichtenthäler: Klar, wir stehen vor dem demografischen Wandel. Wir wissen ungefähr, was passieren wird: Wir werden weniger, wir dürfen Gott sei Dank auch länger leben, außerdem werden wir weniger Kinder haben. Trotzdem müssen wir uns jetzt nicht ohnmächtig ergeben, sondern wir sollten mit diesen neuen Herausforderungen umgehen. Das heißt, wir müssen den demografischen Wandel akzeptie-

ren und gestalten. Deswegen nennen wir unser Projekt auch „Miteinander der Generationen“. Es geht jetzt darum, dieses Miteinander, diese Solidarität untereinander zu stärken und zu fördern, damit es auf gar keinen Fall zu einem Generationenkonflikt kommt. Unser Ziel ist es, beim Thema demografischer Wandel auch die positiven Seiten herauszustellen und ihn zu gestalten.

Aber ihr seht auch einen akuten Handlungsbedarf?

Müntefering: Ja, es gibt Handlungsbedarf und es gibt große Eile. Denn wer den demografischen Wandel gestalten will, und das wollen wir, der muss das rechtzeitig machen. Es ist wie bei ei-

Die Alterung der Gesellschaft wird seit Jahren diskutiert. Hat die Politik das Thema zu lange vor sich hergeschoben?

Müntefering: Wir haben Dinge auf den Weg gebracht. Ich erinnere an Kita und Krippe, an Berufschancen für Frauen und an den Bereich Rente, wo wir die

„Wir werden jetzt schon überrollt von Problemen wie dem Fachkräftemangel.“

Franz Müntefering.

demografischen Gegebenheiten einbezogen haben. Klar ist, dass wir unsere Erwerbsquote erhöhen müssen. Ich verweise auf Palliativ- und Hospizdienste. Aber das alles reicht noch nicht. Der Handlungsbedarf wächst dramatisch.

Weiß das auch die schwarz-gelbe Bundesregierung?

Müntefering: Die Bundesregierung hat gerade ihre Pläne für eine Strategie zum demografischen Wandel bis ins nächste Jahr verschoben. Wir haben als SPD-Bundestagsfraktion die Regierung in einer Großen Anfrage nach ihren Handlungskonzepten gefragt. Da hat sie bisher keine Antworten geliefert. Gleichzeitig wird zum Beispiel beim Programm „Soziale Stadt“, das wir 1998/99 begonnen haben, massiv gekürzt. Da hat Schwarz-Gelb die Mittel von 100 Millionen auf 29 Millionen gesenkt. Das ist Wahnsinn, was da stattfindet. Die haben keine Übersicht und keine Perspektive.

Bätzing-Lichtenthäler: Das Schlimme ist, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung jetzt an all diesen Stellschrauben, an denen wir schon begonnen haben, auf einmal zurückdreht – anstatt die Maßnahmen zu forcieren und auszuweiten. Bei der Sozialen Stadt hat die Bundesregierung massiv gekürzt, die Förderung für altersgerechtes Wohnen wurde eingestellt, statt die Kinderbetreuung auszubauen, führt die Koalition ein Betreuungsgeld ein. Damit werden die bisherigen Maßnahmen alle ad absurdum geführt. Die Bundesregierung macht nur die Rolle rückwärts.

Welche Steuerungsmaßnahmen hat die Politik denn überhaupt?

Müntefering: Mehr Kinder wäre besser; was dem dient ist sinnvoll. Ein großes Problem, das jetzt schon da ist, ist der

„Wir müssen den demografischen Wandel akzeptieren und gestalten.“

Sabine Bätzing-Lichtenthäler

nem großen Tanker: Wenn man den neu justieren will, muss man früh anfangen. Das dauert lange bis er die neue Richtung drauf hat. Deshalb ist es so wichtig, schnell zu handeln. Denn wir werden jetzt schon überrollt von Problemen wie Fachkräftebedarf und Pflegebedarf.

Unser Projekt heißt Zukunft

Franz Müntefering und Sabine Bätzing-Lichtenthäler leiten gemeinsam die Projektgruppe „Miteinander der Generationen – den demografischen Wandel gestalten“. Sie ist eine von sieben Projektgruppen im „Projekt Zukunft“, mit dem die SPD-Bundestagsfraktion im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und gesellschaftlichen Akteuren Antworten auf zentrale Zukunftsfragen erarbeitet.

Mehr unter:
www.spdfraktion.de/zukunft

Fachkräftebedarf. Wir müssen die Abbrüche in den Schulen und bei der Ausbildung reduzieren. Frauen brauchen eine realistische und dauerhafte Chance, ins Erwerbsleben zu kommen und dort auch nach vorne zu kommen. Wir müssen darauf dringen, dass die Älteren nicht unnötig früh aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Das hängt natürlich immer von der individuellen Situation ab, das ist klar. Aber die Frühverrentungskampagnen aus den 80er/90er Jahren liegen definitiv hinter uns.

„Es kann nicht sein, dass wir uns nicht um die Schwachen in unserem Land kümmern“

Franz Müntefering

Inwieweit ist Zuwanderung eine Lösung?

Müntefering: Wir brauchen Zuwanderung in ziemlichem Umfang, und zwar zu anderen Bedingungen als in vergangenen Zeiten. Dabei müssen wir ein besonderes Augenmerk auf Europa richten. Es muss unser erstes Interesse sein, dass wir den jungen Menschen in Europa helfen, in den Beruf zu kommen. So wie Herr Brüderle und Teile der Union sich das vorstellen, funktioniert das aber nicht. Es kann nicht sein, dass wir uns nicht um die Schwachen in unserem Land kümmern, und wenn wir Ingenieure brauchen, gehen wir in die Welt und holen sie uns. Da wird der globale Arbeitsmarkt als Entschuldigung dafür genommen, im eigenen Land nicht genug zu tun.

Bätzing-Lichtenthäler: Deutschland ist ja auch nicht das einzige Land, dass nach Zuwanderern suchen wird. Man kann nicht einfach sagen, wir holen uns mal eben ein paar Ingenieure. Wir befinden uns da in einer Konkurrenzsituation zu anderen Industrieländern. Umso wichtiger ist es, das eigene Potenzial vor Ort zu nutzen.

Was kann die Politik denn tun, damit junge Paare wieder mehr Kinder bekommen?

Bätzing-Lichtenthäler: Man kann da sicher keine aktive Politik betreiben, sondern muss die nötigen Rahmenbedingungen schaffen. Wir haben einen richtigen Weg beschritten mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung, man kann das noch weiter denken: zum Beispiel flexible Betreuungszeiten, das Elterngeld ausbauen und für das Elterngeld Vätermonate zur zwingenden Voraussetzung machen. Solche Rahmenbedingungen tragen dazu bei, dass sich Familien und Frauen für Kinder entscheiden. Dabei geht es nicht immer ums Geld, sondern eher um Fragen wie: Gibt es Kitas, gibt es Ganztagschulen, gibt es Freizeitangebote? Haben Frauen und Männer die Möglichkeit und die Zeit, ihre Familie, ihren Beruf und sich selber unter einen Hut zu bringen.

Wo setzt ihr mit eurer Projektgruppe an?

Müntefering: Wir sind im Dialog mit vielen Betroffenen und Interessierten. Das ist keine operationale Aufgabe in dem Sinne, dass wir irgendwann einen Gesetzentwurf Demografischer Wandel vorlegen. Sondern es geht darum, die Verknüpfung zwischen den einzel-

„Anstatt die Kinderbetreuung auszubauen, führt die Koalition ein Betreuungsgeld ein“

Sabine Bätzing-Lichtenthäler

nen Politikbereichen zu erkennen und zu beachten. Beispiel Wohnungsbau: Wir haben Bedarf an einem alten- und behindertengerechten Wohnungsbau. Dass muss zusammengedacht werden mit dem Wohnungsbau im allgemeinen. Es geht um die Vernetzung und um das Zusammenwirken von Bund, Ländern und Gemeinden. Einen Großteil der Probleme werden wir nicht mit Bundesgesetzen lösen können, sondern es realisiert sich vor Ort. Dort gelingt soziale Gesellschaft oder eben

nicht. Also Vernetzung horizontal und vertikal.

Bätzing-Lichtenthäler: Wir haben in der Projektgruppe nicht den Anspruch, irgendeinen Vorschlag auf den Tisch zu legen, der Länder, Gemeinden und den Bund glücklich machen soll. Wir sind in

„Ich habe nicht Recht weil ich 71 bin, ich habe aber auch nicht Unrecht weil ich 71 bin.“

Franz Müntefering

dieser Dialogphase mit vielen verschiedenen Akteuren im Gespräch. Dazu gehören Kommunen, Universitäten, Wohlfahrtsverbände, Seniorenverbände, Kirchen oder Gewerkschaften. Wir wollen von ihnen erfahren, was ihre Bedarfe sind und wo es klemmt. Daran wollen wir dann Ideen entwickeln, die den Nerv treffen.

Wie setzt man ein so vielschichtiges Thema am Ende in politisches Handeln um?

Müntefering: Am Schluss sind die Maßnahmen immer abhängig von der Situation vor Ort. Die Verringerung der Zahl der Menschen und die Verschiebung der Altersstrukturen bilden sich in Deutschland sehr unterschiedlich ab. Es gibt Ballungsräume wie München, Hamburg, Köln/Bonn, die werden an Bevölkerung dazu gewinnen. Es gibt andere Regionen, die mühsam stabil bleiben und in wieder anderen Regionen nimmt die Bevölkerung dramatisch ab. Deshalb muss man in jeder Region unterschiedlich herangehen. Wir müssen den Kommunen die nötige Souveränität und das Geld geben, sol-

che Dinge handhaben zu können. Ganz wichtig! Zum Schluss kommt es immer auf drei Faktoren an: Man braucht gute Bildungsmöglichkeiten vor Ort, sonst kommen und bleiben keine Eltern mit ihren Kindern. Man braucht gute Arbeit, die ordentlich bezahlt wird. Drittens muss man auch mit guter Daseinsvorsorge vor Ort alt werden können. Gute medizinische Versorgung und Mobilität sind da ganz wichtig.

Bätzing-Lichtenthäler: Bei der Gestaltung des demografischen Wandels fangen nicht alle bei null an und man muss hier auch das Rad nicht neu erfinden. Es wird dabei aber ganz wichtig sein, dass es irgendjemand so koordiniert, dass Länder, Kommunen und Bund zusammen handeln.

Ihr vertretet zwei verschiedene Generationen. Was könnt ihr voneinander lernen?

Bätzing-Lichtenthäler: Wir stehen ja in der Tat im Kleinen für ein „Miteinander der Generationen“. Wenn so eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Generationen stattfindet, dann profitieren alle davon. Man muss die Schranken im Kopf ablegen, dann ist es eine Arbeit, von der alle Generationen zusammen etwas haben.

Müntefering: Die Frage der Zusammenarbeit ist schon eine wichtige. Denn wie sich der älter werdende Teil der Gesellschaft verhält, ist von entscheidender Bedeutung. Meine Position dabei ist: Ich habe nicht Recht weil ich 71 bin, ich habe aber auch nicht Unrecht weil ich 71 bin. Das Gleiche trifft auf den 35-Jährigen zu. Das Alter sagt relativ wenig darüber, was einer weiß und was einer kann. Wir müssen begreifen, dass es zum ersten Mal eine so große ältere Generation gibt, die noch etwas leisten kann und etwas leisten muss. Demokratie kennt keinen Schaukelstuhl. Verantwortung hört im Alter nicht auf. ■



Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Franz Müntefering bei einer gemeinsamen Veranstaltung.

Meldungen

Zukunftsdialog
Integration

Aufbauend auf dem Integrationskonzept vom Januar 2011 will die SPD-Bundestagsfraktion eine Integrationspolitik entwickeln, die Versäumnisse benennt und Lösungen aufzeigt. Dafür ist es wichtig, aus erster Hand zu erfahren, wo Probleme und Herausforderungen in der praktischen Integrationsarbeit liegen. Der Zukunftsdialog-Integration soll darüber Erkenntnisse liefern und den Akteuren vor Ort Gehör verleihen. Im Herbst und Winter 2011 sowie zu Beginn des kommenden Jahres werden Abgeordnete der SPD-Fraktion bundesweit integrationspolitische Einrichtungen in ihren Wahlkreisen besuchen. Dabei wollen sie sich vor Ort über Sorgen und Anregungen der Akteure informieren. Zusätzlich wird es im Rahmen des Zukunftsdialogs öffentliche Diskussionsveranstaltungen geben, bei denen die Ergebnisse der Besuche sowie ausgewählte integrationspolitische Fragen mit Beteiligten, Experten und Bürgern debattiert werden. ■

SPD-Fraktion bei
Google Plus

Die SPD-Bundestagsfraktion ist seit kurzem auch im sozialen Netzwerk Google Plus vertreten. Verfolgen Sie die Arbeit der SPD-Fraktion und ihrer Mitglieder und erhalten Sie regelmäßig alle Neuigkeiten aus dem Bundestag. Das Profil der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie entweder über www.spdfraktion.de/googleplus oder über Ihr Smartphone mit folgendem QR-Code:



Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Infrastrukturprojekte: Die SPD fragt die Bürger

Bei der Frage nach zukünftigen Infrastrukturprojekten ist der Dialog zwischen Politik und den Bürgerinnen und Bürgern besonders wichtig.

Die meisten Menschen wollen, dass Strom in Deutschland aus erneuerbaren Energien wie z. B. aus Wind erzeugt wird. Doch niemand will die Stromtrassen, welche die Energie aus den Windparks im Norden in den Süden liefern, in seiner Nachbarschaft haben.

Klar ist: Als Industriestandort ist Deutschland auf eine gut funktionierende, moderne Infrastruktur angewiesen. Aber nicht zuletzt Beispiele wie die Diskussionen um Stuttgart 21 zeigen, dass große Infrastrukturprojekte nur im Dialog zwischen Politik und Bevölkerung verwirklicht werden können. Deshalb erarbeitet eine Projektgruppe der SPD-Bundestagsfraktion im Rahmen des „Projekts Zukunft“ neue Grundlagen für einen Infrastrukturkonsens. Als ersten Schritt haben die Sozialdemokraten dafür ein bewusst offen gehaltenes Dialogpapier erarbeitet, das sie jetzt in einem Werkstattgespräch mit Vertretern von 15 Bürgerinitiativen aus ganz Deutschland diskutiert haben. Im Mittelpunkt der Diskussion stand dabei die Frage: „Mitreden – aber wie?“ In ihrem Dialogpapier sprechen sich die Sozialdemokraten dafür aus, Bürgerinnen und Bürger bereits an der Entscheidung zu beteiligen, ob ein Infrastrukturprojekt überhaupt realisiert werden soll oder nicht. Ebenso müssten sie auch über Alternativen bei der Umsetzung mitentscheiden können, erklärte SPD-Fraktionsvize Florian Pronold. Gemeinsam



Sören Bartol (l.) und Florian Pronold (mitte) beim Werkstattgespräch „Infrastrukturkonsens“.

mit den Menschen müsse definiert werden, welche Infrastruktur in Zukunft benötigt werde. Insgesamt 60 Fragen zur besseren Einbindung der Bürgerinnen und Bürger haben die Mitglieder der Projektgruppe gesammelt. 60 Fragen, die jetzt zur Diskussion stehen. Ziel dabei ist es, die bisherige Planungskultur zu durchbrechen und neue Wege zu gehen, die einen Konsens über künftige Infrastrukturmaßnahmen ermöglichen. Die Vertreter der 15 Bürgerinitiativen bewerteten die Vorschläge der SPD-Fraktion positiv. Alle waren sich einig, dass sich Bürgerinnen und Bürger bereits vor dem Raumordnungsverfahren an Entscheidungen beteiligen sollten. Man dürfe die Bürger bei Planungsvor-

haben nicht mit 30 Meter Akten allein lassen, sagte Hans-Joachim Hacker, Mitglied der Projektgruppe „Infrastrukturkonsens“. Für eine bessere Beteiligung seien neue Formen wie das Mediationsverfahren oder auch eine Planungswerkstatt denkbar. Mit ihrem Dialogpapier habe die SPD-Fraktion ein Experiment gewagt, das sich mehr als gelohnt hat, sagte der Verantwortliche der Projektgruppe, Sören Bartol. Für ihn steht fest: „Bürgerbeteiligung darf nicht einfach als Mittel zum Zweck gesehen werden, um nachträgliche Akzeptanz für umstrittene, aber beschlossene Verkehrsprojekte zu beschaffen.“ Vielmehr müsse es Ziel sein, Planungsverfahren grundlegend zu demokratisieren und zu öffnen. ■

Planspiel Zukunftsdialog: Jugend im Bundestag

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich mit dem Projekt Zukunft und den dazu gehörenden Projektgruppen zum Ziel gesetzt, im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern Antworten auf drängende Zukunftsfragen zu finden.

Besonders interessant ist dabei die Sichtweise von jungen Menschen. So abgedroschen es auch klingen mag: Sie sind die Zukunft und haben daher ein ganz besonderes Interesse daran, die Zukunft des Landes mitzugestalten. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion das Planspiel Zukunftsdialog ins Leben gerufen. An drei Tagen erhalten 150 Jugendliche aus ganz Deutschland

die Gelegenheit, die Arbeit und die Positionen der Fraktion hautnah in Berlin kennenzulernen. An Originalschauplätzen werden die Jugendlichen in die Rolle der Abgeordneten schlüpfen und so spielerisch, aber realistisch die Abläufe der SPD-Bundestagsfraktion kennenlernen. Und nicht nur das: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können sich auch aktiv an der Arbeit der SPD-Fraktion beteiligen, indem sie eigene Anträge zu ausgewählten politischen Fragestellungen in Arbeitsgruppen erarbeiten. Die Ergebnisse sollen dann den „echten“ Arbeitsgruppen der Fraktion als Arbeitspapiere vorgestellt und überreicht werden. Das Planspiel

wird vom 06. bis 08. Mai 2012 in Berlin stattfinden. Die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion können jeweils einen Teilnehmer oder eine Teilnehmerin aus dem eigenen Wahlkreis benennen. Alle interessierten Jugendlichen im Alter von 15 bis 20 Jahren können sich ab sofort in den Abgeordnetenbüros informieren und bewerben. Mehr Informationen gibt es auch unter www.spdfraktion.de/planspiel, der Facebook-Seite der SPD-Bundestagsfraktion und im Faltblatt „Planspiel Zukunftsdialog 2012“. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de



Die SPD-Bundestagsfraktion betrachtet Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

„Nur die Skizze eines Reförmchens“

Schwarz-Gelb hat sich von der groß angekündigten Pflegereform verabschiedet.

Es ist nicht lange her, dass FDP-Chef Rösler als Bundesgesundheitsminister das Jahr 2011 als „Jahr der Pflege“ ausgerufen hat. Gleichzeitig hatte er eine umfassende Reform der Pflegeversicherung angekündigt.

Sein Nachfolger im Amt, Daniel Bahr (FDP), hat schon nicht mehr vom „Jahr der Pflege“ gesprochen. Die Eckpunkte einer Pflegereform wollte er im Sommer vorlegen, gedauert hat es bis November. Dabei zeigen die vom Bundeskabinett verabschiedeten Eckpunkte, dass sich die Koalition endgültig von der groß angekündigten Pflegereform verabschiedet hat: Die Bundesregierung will den Beitragssatz bei der Pflegeversicherung zum 1. Januar 2013 von 1,95 auf 2,05 Prozent anheben. Dadurch werden Mehreinnahmen von 1,1 Milliarden Euro erwartet, mit denen die als unzureichend empfundene Pflegesituation der Demenzzkranken verbessert werden soll. Zudem soll die gesetzliche Pflegeversicherung durch eine private Zusatzvorsorge ergänzt werden.

Die Eckpunkte seien eine Katastrophe für die 1,4 Millionen Demenzzkranken, sagt die stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Hilde Mattheis. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, den der Beirat 2009 vorgelegt hat, werde nicht umgesetzt. Dagegen wird die Pflegebedürftigkeit weiterhin nur nach körperlichen Indikationen bemessen, geistige und psychosoziale Einschränkungen werden nicht berücksichtigt. Zudem bliebe Bahr ein Gesamtkonzept schuldig, sagt Mattheis. Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion kapituliert Schwarz-Gelb vor den demografischen Herausforde-

rungen und setzt Klientelpolitik zu Gunsten der privaten Versicherungswirtschaft fort. SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach spricht von einem Armutszeugnis für Minister Daniel Bahr. Die Eckpunkte seien nicht mehr als die Skizze eines Reförmchens. „Die Verbesserungen sind minimal. Das Modell der privaten Altersvorsorge, der Pflege-Riester, wird ein Flop werden. Diese Rumpf-Reform wird die SPD nicht unterstützen“, sagt Lauterbach. Auch von den Gewerkschaften kommt Kritik. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach spricht von einer „Riesenenttäuschung“. Die geplante Beitragsanhebung reiche nicht ansatzweise, um den Pflegebedarf zu finanzieren. Die SPD-Fraktion versteht Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Schon im Sommer hat sie ein umfassendes Orientierungspapier für eine Pflegereform vorgelegt. Darin machen die Sozialdemokraten Vorschläge für eine bessere Teilhabe von Pflegebedürftigen, eine Entlastung von Pflegepersonal oder den Ausbau kommunaler Infrastruktur. Ihre Vorschläge hat die SPD-Fraktion mit Vertretern aus gesetzlichen Krankenkassen, Verbänden, Gewerkschaften und Kommunen auf einer Konferenz diskutiert. Die Arbeitsgruppe Gesundheit wird die Hinweise aus der Fachkonferenz sowie aus vielen „Fraktion vor Ort“-Veranstaltungen diskutieren und in die Entwicklung eines Pflegekonzepts mit aufnehmen. Die SPD wolle jetzt die Diskussion ihrer Vorschläge, um anders als die jetzige Regierung 2013 vorbereitet zu sein, erklärte Hilde Mattheis. ■

Nachgefragt

Als Vorsitzender des Ortsjugendausschusses der IG Metall Neunkirchen hat Daniel Erbes (22) den SPD-Abgeordneten Manfred Nink eine Woche lang begleitet. Für Gute Arbeit zieht er ein Fazit:

Neben Einblicken in die Arbeitsabläufe des Bundestags ging es für mich in der Hospitationswoche auch um eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der IG Metall und der SPD. Gelingt es uns als IG Metall, unsere Positionen in der SPD zu verankern? Wie schafft es die SPD, wieder eine breite Wählerschaft zu erreichen?

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen bei wachsender Unsicherheit über den Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise starke Partner, die ihre Interessen gegenüber der Wirtschaft und in der Politik vertreten. Sie brauchen Partner, die die „Märkte“ in ihrem Sinne regulieren. Damit will ich vor allem meine Kolleginnen und Kollegen der IG Metall und der anderen DGB-Gewerkschaften auffordern, sich aktiv in die Politik einzumischen. Die IG Metall schafft es endlich wieder, ihre Mitgliedszahlen zu erhöhen. Ich bin mir sicher, dass beide Organisationen auch heute noch viel von ei-

nander lernen können. Deshalb sollten sie ihre Zusammenarbeit verstärken. Dazu gehört ein intensiver Austausch über inhaltliche Themen. Wir müssen lernen, uns vernünftig miteinander zu streiten, damit wir am Schluss zu gemeinsamen Positionen finden. Bei Themen wie der „Fortschrittsklausel für ein soziales Europa“ veröffentlichen SPD und Gewerkschaften schon gemeinsame Positionspapiere. Auch Fragen der betrieblichen Mitbestimmung, der Sozialversicherung oder der Tarifpolitik müssen in einem ständigen Diskussionsprozess zwischen beiden Organisationen debattiert werden – und zwar so, dass Kooperationen nicht nur in der Zeitung nachzulesen, sondern in den SPD-Ortsvereinen und bei den Beschäftigten in den Betrieben zu spüren sind. ■



Manfred Nink mit Daniel Erbes.

Konjunkturrisiko Schwarz-Gelb

Der Sachverständigenrat der Bundesregierung erwartet im nächsten Jahr nur noch ein Mini-Wachstum von 0,9 Prozent. Die schwelende Finanzkrise droht, auch auf die Realwirtschaft überzugreifen.

Immer deutlicher wird dabei, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung kein Konzept für eine aktive Wirtschaftspolitik zur Stabilisierung der Konjunktur hat. SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil sieht in dem Gutachten der Wirtschaftsweisen einen „Warnschuss vor den Bug der Bundesregierung“. Deren zögerliche Haltung bei der Bewältigung der Euro-Krise habe schon jetzt einen wirtschaftlichen Schaden für Deutschland angerichtet. Mit den geplanten Steuersenkungen und dem Betreuungsgeld verschenke Schwarz-Gelb die Spielräume für Schuldenabbau und Zukunftsinvestitionen. Laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) werten viele Unternehmen die schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik inzwischen sogar als „Risikofaktor“. Vor allem Investitionen würden zurückgehalten, warnt der wirtschaftspolitische

Sprecher der SPD-Fraktion, Garrelt Duin. „Das ist für die wirtschaftliche Entwicklung eine große Gefahr.“

In einem Antrag fordert die SPD-Fraktion deshalb Maßnahmen für eine aktive Wirtschaftspolitik, die die konjunkturelle Entwicklung stabilisiert und einem Wirtschaftseinbruch vorbeugt:

- Die Abhängigkeit von den Risiken und Schwankungen des Weltmarktes muss durch eine Stärkung der Binnenfrage flankiert werden. Investitionen schaffen Arbeitsplätze und sichern die Fachkräftebasis. Notwendig ist daher eine Strategie für Investitionen in Bildung und Infrastruktur.
- Die von Schwarz-Gelb angekündigten Steuersenkungen sind angesichts der schwächelnden Konjunktur unverantwortlich. Sie gefährden sowohl die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte als auch die Spielräume für Investitionen.
- Um negativen Entwicklungen am Arbeitsmarkt kurzfristig vorbeugen zu können, muss die Sonderregelung zum Bezug von Kurzarbeitergeld als dauerhaftes Instrument der Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen. ■

Vorgestellt



Florian Pronold

Seit 2002 ist **Florian Pronold (38)** Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2009 stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender. Als solcher ist er zuständig für die Themen Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Zudem ist der bayerische SPD-Landesvorsitzende stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung, im Finanz- sowie im Verkehrsausschuss. Dort setzt er sich dafür ein, dass die SPD Infrastrukturpartei Nr. 1 wird: „Die SPD steht für einen neuen Konsens bei der Infrastruktur: Ein „Ja“ für bessere und echte Bürgerbeteiligung, aber auch ein klares „Ja“ zu einer modernen Infrastruktur als Rückgrat für wirtschaftlichen Aufschwung und soziale Teilhabe.“ ■



Sonja Steffen

Sonja Steffen (48) ist neue Sprecherin der Arbeitsgruppe „Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung“. Sie folgt damit auf Michael Hartmann, der jetzt innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion ist.

Seit 2009 sitzt Sonja Steffen für die SPD im Bundestag. Zusätzlich zum Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung ist sie Mitglied im Rechts- sowie im Petitionsausschuss. Die dort eingehenden Petitionen haben für sie eine große Bedeutung: „Das Petitionsrecht ist das einzige Mittel der direkten Beteiligung des Volkes auf der Bundesebene, und wir müssen diesem Recht die ihm zustehende Bedeutung beimessen.“

„Der Optionszwang ist falsch und lebensfremd“

Die SPD-Fraktion fordert die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft

// In anderen EU-Staaten ist die doppelte Staatsbürgerschaft vollkommen normal. In Deutschland weigert sich die Union, die Realitäten anzuerkennen und das Optionsmodell abzuschaffen. //

Am 30. Oktober 2011 jährte sich die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens zum fünfzigsten Mal. Viele der damals als Arbeitskräfte angeworbenen Migranten sind hier geblieben, sind Teil der deutschen Gesellschaft geworden und haben den Alltag in diesem Land mitgeprägt. Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands ist auch ihr Erfolg. Die Gesetzeslage in Deutschland wird dieser Leistung aber nicht gerecht.

Seit über zehn Jahren gibt es in Deutschland das sogenannte Optionsmodell: Wird ein Kind hier geboren und hält sich eines seiner Elternteile als Inhaber eines unbefristeten Aufenthaltsrechtes seit acht Jahren in Deutschland auf, erwirbt das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit neben derjenigen der Eltern. Doch mit 18 Jahren muss es sich für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Hat es sich bis zum 23. Lebensjahr nicht entschieden, geht die deutsche Staatsangehörigkeit verloren. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Diese Regelung, die von Rot-Grün 1999 als Kompromiss im Vermittlungsausschuss zwischen den Lagern eingeführt worden ist und etliche Ausnahmen besitzt, wirft gravierende integrationspolitische und verwaltungspraktische Probleme auf.

Integrationspolitisch entbehre das Optionsmodell jeglicher Logik, sagt die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Aydan Özoguz. Mit einem Seiltanz ohne Netz vergleicht sie die Situation der Jugendlichen, die sich mit 18 Jahren für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen. Ohne Absicherung sollen sie ihre Herkunft ablegen und eine andere Staatsbürgerschaft übernehmen. „Warum sollten wir ausgerechnet junge Menschen, die in Deutschland aufgewachsen und verwurzelt sind, zwingen, sich plötzlich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden und sie



„Ein Gefühl von Willkommenheit vermitteln“: Aydan Özoguz bei ihrer Rede im Bundestag.

womöglich zu Ausländern machen?“ Zudem stellt das Optionsmodell auch die Verwaltungen vor eine große Herausforderung. Schon heute sind die Ämter mit der Bearbeitung von jährlich knapp 5000 Fällen überfordert. Bis zum Jahr 2018 wird die Zahl von optionspflichtigen Jugendlichen auf jährlich 40.000 steigen. „Das ist ein bürokratischer Wahnsinn, der auf unser Land zusteuert“, sagt Özoguz.

In einem Gesetzentwurf fordert die SPD-Fraktion deshalb, das Optionsmodell zugunsten eines konsequenten Bekenntnisses zur doppelten Staatsbürgerschaft abzuschaffen. Zusätzlich fordern die Sozialdemokraten, die doppelte Staatsbürgerschaft auch bei Einbürgerungen zu ermöglichen. Es wäre eine Anpassung an die Realität, denn aufgrund diverser Ausnahmen ist das schon heute bei mehr als 50 Prozent der Einbürgerungen der Fall.

Es gehe darum, betonte Özoguz in einer Rede im Bundestag, vor allem junge Menschen mit allen Rechten und Pflichten in die Gesellschaft aufzunehmen, ein Gefühl von Willkommenheit und Heimat zu vermitteln. Außerdem werde das Optionsmodell deutschen

Interessen mit Blick auf den Fachkräftemangel nicht gerecht. Özoguz forderte die CDU auf, zur Kenntnis zu nehmen, dass das Modell „unzeitgemäß und lebensfern“ ist.

Die Aufforderung blieb jedoch vergeblich: Die schwarz-gelbe Koalition hat den SPD-Gesetzentwurf abgelehnt. „Es hätte ein integrationspolitisches Signal sein können“, sagt Özoguz. ■

Termine

6.12. „Bürgerversicherung jetzt! Die sichere Gesundheitsversorgung der Zukunft“, Glückstadt

7. 12. „Integration geht uns alle an. Gleichberechtigt miteinander leben“, Hamburg

8.12. „Fachkräftemangel und weitere Herausforderungen an den Tourismus im ländlichen Raum“, Büchen

12.12. „Mehr Demokratie leben“, Berlin

Weitere Termine:

www.spdfraktion.de

www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionschluss: 17. November 2011

Herstellung: NetworkMedia GmbH

Redaktion: Ralf Bergmann, Stefan Hintermeier, Dr. Alexander Linden, Anja Linnekugel, Gero Fischer

Texte: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von

Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– **per Post:** SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– **per Mail:** oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– **per Fax:** 030/22756800